

PRESSEKONFERENZ

DONNERSTAG, 3. SEPTEMBER 2009

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu dieser Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch Kommissar Almunia teilgenommen hat.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Das derzeitige Leitzinsniveau ist unter Berücksichtigung aller Informationen und Analysen, die seit unserer Sitzung vom 6. August 2009 verfügbar geworden sind, nach wie vor angemessen. In diesem Zusammenhang haben wir auf der heutigen Sitzung auch beschlossen, dass der Zinssatz für das längerfristige Refinanzierungsgeschäft mit zwölfmonatiger Laufzeit, das am 30. September 2009 zugeteilt wird, dem geltenden Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte entsprechen wird. Dieser Beschluss, durch den das Bankensystem im Euro-Währungsgebiet weiterhin für einen längeren Zeitraum und zu sehr günstigen Bedingungen mit Liquidität versorgt wird, sollte die Kreditgewährung an die Wirtschaft im Euroraum fördern und somit die konjunkturelle Erholung weiter unterstützen. Bei der Preisentwicklung wird davon ausgegangen, dass diese über die geldpolitisch relevante Frist gedämpft bleibt. Die jährliche Preissteigerung nach dem HVPI war der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im August leicht negativ. Dies ist vor allem auf die Basiseffekte aufgrund des starken Anstiegs der Rohstoffpreise im vergangenen Jahr zurückzuführen. Mit einer Rückkehr der HVPI-

Inflation hin zu leicht positiven Raten wird in den kommenden Monaten gerechnet. Gleichzeitig stützen die jüngsten Informationen unsere Einschätzung, dass es vermehrt Anzeichen einer Stabilisierung der Konjunktur im Euro-Währungsgebiet wie auch in der übrigen Welt gibt. Dies entspricht der Erwartung, dass die deutliche wirtschaftliche Kontraktion ein Ende gefunden hat und dass nun eine Phase der Stabilisierung und einer ganz allmählichen Erholung folgt. Die verfügbaren Indikatoren für die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die Ergebnisse der monetären Analyse bestätigen angesichts der sich nach wie vor verlangsamenden Geldmengen- und Kreditexpansion die Einschätzung eines auf mittlere Sicht geringen Inflationsdrucks. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Frist gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum weiterhin gestützt wird.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Nach den um den Jahreswechsel herum beobachteten deutlich negativen Wachstumsraten schwächte sich die Wirtschaftstätigkeit im Euroraum der ersten Schätzung von Eurostat zufolge im zweiten Quartal 2009 nur geringfügig ab, und zwar um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal. Umfrageindikatoren für das dritte Quartal stützen die Ansicht, dass sich die Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet weiter stabilisiert. Auf kurze Sicht dürfte das Eurogebiet weiterhin von einer Erholung der Exporte, den laufenden umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogrammen sowie den bisher ergriffenen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems profitieren. Außerdem dürften vom Lagerzyklus positive Wachstumsimpulse ausgehen. Die Unsicherheit ist jedoch nach wie vor hoch, und aufgrund der anhaltenden Volatilität neu eingehender Daten bedarf es einer vorsichtigen Interpretation der verfügbaren Informationen. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass es wegen der zeitlich befristeten Natur einiger stützender Faktoren sowie der anhaltenden Bilanzkorrekturen im finanziellen und

nichtfinanziellen Sektor zu einer recht uneinheitlichen Erholung innerhalb und außerhalb des Euroraums kommen wird.

Diese Einschätzung steht weitgehend im Einklang mit den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom September 2009, denen zufolge das durchschnittliche jährliche Wachstum des realen BIP im laufenden Jahr zwischen -4,4 % und -3,8 % und im kommenden Jahr zwischen -0,5 % und +0,9 % liegen wird. Verglichen mit den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom Juni 2009 bedeutet dies eine Aufwärtskorrektur der Bandbreiten sowohl für 2009 als auch für 2010. Darin spiegeln sich in erster Linie die zuletzt positiveren Entwicklungen und Informationen wider. Die Prognosen internationaler Organisationen entsprechen in etwa den Projektionen der EZB vom September 2009.

Nach Auffassung des EZB-Rats bleiben die Risiken für diesen Ausblick weitgehend ausgewogen. Einerseits könnten die laufenden umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogramme sowie andere wirtschaftspolitische Maßnahmen stärkere Auswirkungen haben als erwartet. Auch könnten das Vertrauen schneller zunehmen, die Verschlechterung am Arbeitsmarkt geringer ausfallen als derzeit angenommen und die Auslandsnachfrage höher sein als projiziert. Andererseits bestehen weiterhin Bedenken im Zusammenhang mit einer stärkeren oder länger andauernden negativen Rückkopplung zwischen der Realwirtschaft und den nach wie vor angespannten Finanzmärkten, erneuten Preissteigerungen bei Öl und anderen Rohstoffen, sich verstärkenden Protektionismusbestrebungen sowie einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte. Diese Aussichten sind indes weiterhin mit einer höheren Unsicherheit als üblich behaftet.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so belief sich die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im August auf -0,2 %, nachdem sie im Juli -0,7 % betragen hatte. Dies entspricht den bisherigen Erwartungen und spiegelt im Wesentlichen Basiseffekte wider, die sich aus der vor

einem Jahr zu beobachtenden Entwicklung der weltweiten Rohstoffpreise ergeben. Aufgrund dieser Basiseffekte dürften die jährlichen Inflationsraten den Prognosen zufolge in den nächsten Monaten in den positiven Bereich zurückkehren. Der weitere Ausblick lässt erwarten, dass die Teuerungsraten positiv bleiben und die Preis- und Kostenentwicklung infolge einer nach wie vor verhaltenen Nachfrage im Euro-Währungsgebiet wie auch in der übrigen Welt insgesamt moderat bleibt. In diesem Zusammenhang muss erneut betont werden, dass die Indikatoren für die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen weiterhin fest auf einem Niveau verankert sind, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Dieser Ausblick entspricht den im September 2009 von Experten der EZB erstellten Projektionen für die Inflation im Euroraum. Diesen Projektionen zufolge wird die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI im Jahr 2009 zwischen 0,2 % und 0,6 % und im Jahr 2010 zwischen 0,8 % und 1,6 % betragen. Damit werden die im Juni 2009 von Experten des Eurosystems erstellten Projektionen leicht nach oben verschoben, was vor allem auf Aufwärtskorrekturen bei den Energiepreisen zurückzuführen ist. Verfügbare Prognosen internationaler Organisationen zeichnen ein weitgehend ähnliches Bild.

Die Risiken in Bezug auf die Preisentwicklung sind weiterhin weitgehend ausgewogen. Sie bestehen insbesondere im Zusammenhang mit den Konjunkturaussichten sowie mit höher als erwartet ausfallenden Rohstoffpreisen. Zudem könnten indirekte Steuern und administrierte Preise aufgrund der in den kommenden Jahren erforderlichen Haushaltskonsolidierung stärker erhöht werden als derzeit angenommen.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so bestätigen die jüngsten Daten eine anhaltende Abschwächung sowohl des weit gefassten Geldmengen- als auch des Kreditwachstums. Die Jahreswachstumsraten von M3 sowie der Buchkredite an den privaten Sektor sanken im Juli weiter auf 3,0 % bzw. 0,6 % und verzeichneten damit die niedrigsten Werte seit 1999. Diese Entwicklungen stützen die

Einschätzung, dass sich die Grunddynamik der monetären Expansion abgeschwächt hat und der Inflationsdruck auf mittlere Sicht gering sein dürfte.

Die kurzfristige Entwicklung der Geldmenge M3 und ihrer Komponenten bleibt volatil. Die jüngsten Veränderungen der Zinsen auf die verschiedenen in M3 enthaltenen Instrumente bedingen weiterhin starke Umschichtungen bei der Mittelverteilung, insbesondere von kurzfristigen Termineinlagen hin zu täglich fälligen Einlagen. Die Abschwächung des jährlichen M3-Wachstums geht also weiterhin mit einem beträchtlichen weiteren Anstieg des jährlichen M1-Wachstums einher, das sich im Juli auf 12,1 % erhöhte. Darüber hinaus könnten der relativ steile Verlauf der Zinsstrukturkurve und die Rückkehr des Risikoappetits, die sich insbesondere im Anstieg der Aktienkurse in den vergangenen Monaten widerspiegelte, das M3-Wachstum teilweise gedämpft haben.

Insgesamt blieb die Vergabe von Bankkrediten an den nichtfinanziellen privaten Sektor im Juli weiterhin verhalten, wobei die Unterschiede zwischen den einzelnen Teilsektoren zunahm. Die Kreditgewährung an private Haushalte fiel nach wie vor leicht positiv aus, wohingegen im Falle der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften eine erneut negative Entwicklung zu verzeichnen war. Hinter diesem Rückgang der Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften verbirgt sich weiterhin hauptsächlich eine kräftige Nettotilgung von Krediten mit kürzerer Laufzeit, während die Kreditvergabe im längeren Laufzeitbereich positiv blieb. Die rückläufige Entwicklung in Produktion und Handel sowie die anhaltende Unsicherheit über die Aussichten der Unternehmen dürften deren Bedarf an Finanzierungsmitteln gedrosselt haben. Angesichts der üblichen Verzögerung zwischen wirtschaftlicher Erholung und erhöhter Kreditgewährung an Unternehmen erscheint eine weiterhin schwache Entwicklung bei der Ausreichung von Darlehen an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in den kommenden Monaten wahrscheinlich. Zugleich sollte eine allmähliche Verbesserung der Finanzierungsbedingungen, da sich die gesunkenen Marktzinsen nach wie vor in niedrigeren Kreditzinsen der Banken niederschlagen, die Kreditnachfrage in nächster Zeit stützen. Angesichts der sehr großen Herausforderungen sollten die

Banken angemessene Maßnahmen ergreifen, um ihre Eigenkapitalbasis weiter zu stärken, und gegebenenfalls die staatlichen Maßnahmen zur Stützung des Finanzsektors, vor allem hinsichtlich der Rekapitalisierung, voll ausschöpfen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Informationen und Analysen, die seit unserer Sitzung am 6. August 2009 verfügbar geworden sind, die Einschätzung des EZB-Rats bestätigen, dass das derzeitige Leitzinsniveau der EZB nach wie vor angemessen ist. In diesem Zusammenhang haben wir auf der heutigen Sitzung auch beschlossen, dass der Zinssatz für das längerfristige Refinanzierungsgeschäft mit zwölfmonatiger Laufzeit, das am 30. September 2009 zugeteilt wird, dem geltenden Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte entsprechen wird. Bei der Preisentwicklung wird davon ausgegangen, dass diese über die geldpolitisch relevante Frist gedämpft bleibt. Die jährliche Preissteigerung nach dem HVPI war im August leicht negativ. Dies ist vor allem auf die Basiseffekte aufgrund des starken Anstiegs der Rohstoffpreise im vergangenen Jahr zurückzuführen. Mit einer Rückkehr der HVPI-Inflation hin zu leicht positiven Raten wird in den kommenden Monaten gerechnet. Gleichzeitig stützen die jüngsten Informationen unsere Einschätzung, dass es vermehrt Anzeichen einer Stabilisierung der Konjunktur im Euro-Währungsgebiet wie auch in der übrigen Welt gibt. Dies entspricht der Erwartung, dass die deutliche wirtschaftliche Kontraktion ein Ende gefunden hat und dass nun eine Phase der Stabilisierung und ganz allmählichen Erholung folgt. Die verfügbaren Indikatoren für die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die **Gegenprüfung** der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse bestätigt angesichts der sich nach wie vor verlangsamenden Geldmengen- und Kreditexpansion die Einschätzung eines auf mittlere Sicht geringen Inflationsdrucks. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Frist gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum weiterhin gestützt wird.

Da die Transmission der Geldpolitik mit einer zeitlichen Verzögerung erfolgt, gehen wir davon aus, dass unsere geldpolitischen Maßnahmen nach und nach in vollem Umfang auf die Wirtschaft durchschlagen werden. Mit allen bislang ergriffenen Maßnahmen stützt die Geldpolitik somit fortlaufend die privaten Haushalte und die Unternehmen. Sobald sich das gesamtwirtschaftliche Umfeld aufhellt, wird der EZB-Rat dafür Sorge tragen, dass die ergriffenen Maßnahmen zeitnah rückgängig gemacht werden und die bereitgestellte Liquidität abgeschöpft wird, um jeglicher Gefahr für die Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht wirksam entgegenzuwirken. Damit wird der EZB-Rat weiterhin sicherstellen, dass die mittelfristigen Inflationserwartungen fest verankert bleiben. Diese Verankerung ist zur Stützung eines nachhaltigen Wachstums sowie der Beschäftigung unerlässlich und trägt zur Finanzstabilität bei. Dementsprechend werden wir auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Was die **Finanzpolitik** betrifft, so bestätigen die jüngsten vierteljährlichen Daten für das Euro-Währungsgebiet und die Entwicklungen in einzelnen Ländern eine drastische Verschlechterung der Staatsfinanzen für 2009, die sich den Prognosen zufolge im Jahr 2010 fortsetzen dürfte. Im Rahmen der Finalisierung ihrer Haushaltspläne für 2010 und ihrer mittelfristigen Finanzpläne müssen die Regierungen nun ihr Bekenntnis zu einer raschen Rückkehr zu soliden und nachhaltigen Staatsfinanzen, die mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt im Einklang stehen, bekräftigen. Es ist insbesondere von entscheidender Bedeutung, dass ehrgeizige und realistische Ausstiegs- und Konsolidierungsstrategien für die Finanzpolitik, gestützt durch konkrete strukturelle Maßnahmen, auf den Weg gebracht werden. Mit dem strukturellen Anpassungsprozess sollte in jedem Fall spätestens mit der Konjunkturerholung begonnen werden, und im Jahr 2011 sollten die Konsolidierungsanstrengungen verstärkt werden. Die strukturellen Konsolidierungsbemühungen werden den im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Richtwert von 0,5 % des BIP pro Jahr deutlich übersteigen müssen. Bei Ländern mit hohen Defiziten bzw. hohen Schuldenquoten sollte die jährliche strukturelle Anpassung mindestens 1 % des BIP betragen. Die strukturellen

Maßnahmen sollten sich auf die Ausgabenseite konzentrieren, da die Steuern und Sozialabgaben in den meisten Euro-Ländern bereits hoch sind.

Was die **Strukturpolitik** betrifft, so dürfte die Finanzkrise das Wachstumspotenzial im Eurogebiet beeinträchtigen. Daher ist eine Verstärkung der Reformbemühungen umso notwendiger, um ein nachhaltiges Wachstum und die Beschäftigung im Euroraum zu unterstützen. Dies erfordert insbesondere eine angemessene Lohnsetzung, ein hinreichendes Maß an Arbeitsmarktflexibilität und effektive Arbeitsanreize. Gleichzeitig sind dringend Maßnahmen zur Verstärkung von Wettbewerb und Innovationen geboten, um Umstrukturierungen und Investitionen zu beschleunigen und die für die Gewährleistung einer nachhaltigen Erholung erforderlichen Geschäftsmöglichkeiten und Produktivitätsgewinne zu schaffen. In dieser Hinsicht spielt eine angemessene Umstrukturierung und Konsolidierung des Bankensektors eine wichtige Rolle. Gesunde Bilanzen, ein solides Risikomanagement sowie transparente und robuste Geschäftsmodelle sind von entscheidender Bedeutung, wenn es um die Stärkung der finanziellen Solidität und Schockresistenz der Banken und somit um die Schaffung der Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstums und finanzielle Stabilität geht.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.